

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>24.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Keine Einschränkung</b>
Akteure	<b>Neuenburg</b>
Prozesstypen	<b>Kantonale Politik</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2022</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Benteli, Marianne  
Bernath, Magdalena  
Bernhard, Laurent  
Burgos, Elie  
Bühlmann, Marc  
Escher, Regina  
Frey, Jürg  
Freymond, Nicolas  
Füzesséry, Alexandre  
Hirter, Hans  
Mosimann, Andrea  
Porcellana, Diane  
Rohrer, Linda  
Strohmann, Dirk  
Terribilini, Serge  
Unbekannt, Autor

## Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Bernath, Magdalena; Bernhard, Laurent; Burgos, Elie; Bühlmann, Marc; Escher, Regina; Frey, Jürg; Freymond, Nicolas; Füzesséry, Alexandre; Hirter, Hans; Mosimann, Andrea; Porcellana, Diane; Rohrer, Linda; Strohmann, Dirk; Terribilini, Serge; Unbekannt, Autor 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Kantonale Politik, Neuenburg, 1982 – 2018*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 24.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Grundlagen der Staatsordnung</b>	1
Politische Grundfragen	1
Verfassungsfragen	1
Rechtsordnung	1
Stimm- und Wahlrecht	1
Institutionen und Volksrechte	2
Wahl- und Abstimmungsverfahren	2
Föderativer Aufbau	2
Beziehungen zwischen Bund und Kantonen	2
Städte, Regionen, Gemeinden	3
Territorialfragen	3
<b>Landesverteidigung</b>	3
Zivildienst und Dienstverweigerung	3
<b>Wirtschaft</b>	4
Wirtschaftspolitik	4
Strukturpolitik	4
Landwirtschaft	4
Pflanzliche Produktion	4
<b>Öffentliche Finanzen</b>	4
Finanzhaushalt der Kantone und Gemeinden	4
<b>Infrastruktur und Lebensraum</b>	5
Verkehr und Kommunikation	5
Eisenbahn	5
<b>Sozialpolitik</b>	5
Bevölkerung und Arbeit	5
Löhne	5
Soziale Gruppen	5
Frauen und Gleichstellungspolitik	5
<b>Bildung, Kultur und Medien</b>	5
Bildung und Forschung	5
Hochschulen	6
Kultur, Sprache, Kirchen	6
Kulturpolitik	6
Sprachen	6
<hr/>	
<b>Parteien, Verbände und Interessengruppen</b>	6
Parteien	6
Grosse Parteien	7

# Abkürzungsverzeichnis

**SBB** Schweizerische Bundesbahnen

---

**CFF** Chemins de fer fédéraux suisses

# Allgemeine Chronik

## Grundlagen der Staatsordnung

### Politische Grundfragen

#### Verfassungsfragen

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 03.10.1995  
DIRK STROHMANN

Am 25. Juni nahmen die Stimmberechtigten in **Sankt Gallen** die Erarbeitung einer neuen Kantonsverfassung in der Legislaturperiode 1996–2000 grundsätzlich an, und zwar mit einer Mehrheit von 78,7% der Stimmen. Die Frage, ob diese in die Kompetenz des Grossen Rats gestellt oder zu diesem Zweck eigens ein Verfassungsrat gebildet werden sollte, wurde zugunsten des bestehenden Gremiums entschieden: 56,4% der Stimmberechtigten sprachen sich für den Grossen Rat aus, 47,7% für einen Verfassungsrat. In **Appenzell Ausserrhoden** wurde die neue Kantonsverfassung am 30. April von der Landsgemeinde angenommen. In **Neuenburg** sprach sich der Grosse Rat für die Revision der bestehenden Kantonsverfassung aus dem Jahre 1858 aus. Zu diesem Zweck soll eine konstituierende Versammlung geschaffen werden, die auf Mitglieder des Grossen Rates beschränkt werden soll. In **Schaffhausen** schliesslich hiess der Grosse Rat die Einleitung des Verfahrens zur Totalrevision der Kantonsverfassung gut.<sup>1</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 19.06.2000  
HANS HIRTER

Am 24. September hiessen die **Neuenburger** Stimmberechtigten ihre **totalrevidierte Kantonsverfassung** gut. Die anfangs der achtziger Jahre eingeläutete Bewegung für eine Reform der Kantonsverfassungen wurde damit im zehnten Kanton abgeschlossen. Neuenburg war zugleich der erste welsche Kanton, der sich in dieser Periode eine neue Grundordnung gegeben hat. Als wesentliche materielle Neuerungen in Neuenburg sind die Einführung des kantonalen Ausländerstimmrechts (es bestand bereits auf kommunaler Ebene), die Abschaffung des obligatorischen Finanzreferendums (bisher für Ausgaben von 3 Mio Fr. oder mehr) und die Einführung der Volksmotion nach dem Vorbild des Kantons Solothurn zu erwähnen. Mit der neuen Verfassung können die Gemeinden zudem eine Neuenburger Spezialität, die Wahl der Gemeindeexekutiven durch das Gemeindeparlament, durch eine Volkswahl ersetzen. In **Freiburg** wurde am 12. März ein 130 Personen zählender Verfassungsrat gewählt. Dabei entsprachen die parteipolitischen Kräfteverhältnisse in etwa denjenigen des Grossen Rates; immerhin rund ein Sechstel der Sitze ging an Parteilose. Im Kanton **Zürich** wählten am 18. Juni die Bürgerinnen und Bürger bei einer Beteiligung von nur gerade 22% einen Verfassungsrat. In **St. Gallen** verabschiedete das Parlament die neue Verfassung; in **Schaffhausen** befasste sich der Grosse Rat in erster Lesung mit den Vorschlägen der Verfassungskommission.<sup>2</sup>

### Rechtsordnung

#### Stimm- und Wahlrecht

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 05.10.2006  
HANS HIRTER

In **Neuenburg** empfahl die Kantonsregierung eine 2003 eingereichte Volksinitiative für die Erweiterung des **Ausländerstimm- und -wahlrechts** auf die Wählbarkeit in Kantonsbehörden zur Ablehnung.<sup>3</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 18.06.2007  
HANS HIRTER

In **Neuenburg** entschieden die Stimmberechtigten über eine Volksinitiative für die Erweiterung des Ausländerstimm- und -wahlrechts auf die **Wählbarkeit** in Kantons- und Gemeindebehörden sowie über einen Gegenvorschlag von Regierung und Parlament, dieses passive Wahlrecht für Ausländer nur auf kommunaler Ebene einzuführen. Die von der SVP und der LP bekämpfte Wählbarkeit in Gemeindebehörden wurde mit einer Mehrheit von rund 55% angenommen; die weiter gehende Volksinitiative hingegen mit 59% Nein-Stimmen abgelehnt. Am gleichen Tag lehnte der Kanton **Jura** in einer Volksabstimmung die Ausweitung der Wählbarkeit von niedergelassenen Ausländern auf Ämter in Gemeindeexekutiven (in kommunale Parlamente sind sie bereits wählbar) mit einer knappen Mehrheit von 51% ab; die SVP hatte gegen diesen Parlamentsbeschluss das Referendum ergriffen.<sup>4</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 15.10.2010  
MARC BÜHLMANN

Im Kanton Bern, wo ein **fakultatives kommunales Stimm- und Wahlrecht für Ausländer** eingeführt werden sollte, stimmten auf Empfehlung des Grossen Rates und der bürgerlichen Parteien 72% der Urnengänger dagegen. Die Regierung des Kantons Luzern unterstützt die vom Verein Secundas Plus eingereichte Initiative für die fakultative Einführung des kommunalen Ausländerstimmrechts. Allerdings verlangt sie in einem Gegenvorschlag eine einheitliche Regelung für alle interessierten Gemeinden. Schweizweit gibt es bisher acht Kantone, die ein solches fakultatives kommunales Stimm- und Wahlrecht für Migranten kennen. Es sind dies Neuenburg, Jura, Genf, Waadt, Freiburg, Appenzell Ausserrhoden, Graubünden und Basel-Stadt. In Basel-Stadt wurde die fakultative Erweiterung des kommunalen Wahl- und Stimmrechts auf weitere Personengruppen allerdings weder von Riehen noch von Bettingen umgesetzt.<sup>5</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 15.12.2010  
MARC BÜHLMANN

Die im Januar 2009 im Kanton **Neuenburg** eingereichte Volksmotion, welche die **Herabsetzung des Stimmrechalters** von 18 auf 16 Jahre fordert, wurde vom Grossen Rat mit 55 zu 39 Stimmen überwiesen. Die Ratsrechte, allen voran die SVP und Teile der FDP, machte geltend, dass Junge im Alter von 16 Jahren von einer vorwiegend linksorientierten Lehrerschaft indoktriniert seien und dass Vertragsunterschriften in diesem Alter rechtlich nicht bindend seien. Die Linke hingegen argumentierte für eine altersmässige Anpassung des Stimmrechts an die Steuerpflicht und für die frühe politische Einbindung der Jugend als Zukunftsträgerin der Gesellschaft. Der Neuenburger Staatsrat unterstützte die Motion ebenfalls.

Im Kanton **Waadt** wurde eine parlamentarische Initiative der SVP, die ebenfalls die Einführung des Stimmrechalters 16 vorgesehen hätte, vom Parlament Ende 2010 abgelehnt. Gegner und Befürworter fanden sich sowohl im linken wie auch im rechten Lager.

Die von der jungen **Luzerner** CVP lancierte Initiative für ein Stimmrecht ab Geburt (Familienstimmrecht) scheiterte an der Unterschriftenhürde und kam nicht zustande.<sup>6</sup>

## Institutionen und Volksrechte

### Wahl- und Abstimmungsverfahren

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 24.11.2006  
HANS HIRTER

Für Aufsehen sorgte die Neuenburger **Kantonsregierung**, als sie dem offiziellen Stimmmaterialversand eine **Parolenempfehlung für die eidgenössischen Vorlagen** vom September (Ausländergesetz und Asylrecht) beilegte. Der Bundesrat beurteilte dies als unzulässig, weil die Empfehlung dem mit Steuermitteln finanzierten offiziellen Versand beigelegt wurde. Die Neuenburger Regierung verteidigte ihr Vorgehen damit, dass dies in ihrem Kanton schon längere Zeit so gemacht werde. In Unkenntnis dieser Diskussion legte die Regierung von Basel-Stadt den Abstimmungsunterlagen zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 26. November eine Empfehlung bei und wurde in der Folge von den Bundesbehörden ebenfalls getadelt. Offenbar besteht diese Praxis nur in diesen beiden Kantonen.<sup>7</sup>

## Föderativer Aufbau

### Beziehungen zwischen Bund und Kantonen

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 10.12.1993  
AUTOR UNBEKANNT

Ebenfalls nicht fachspezifisch ausgerichtet ist die im Juni gegründete **Konferenz der Westschweizer Kantone**, in der die Regierungspräsidenten sowie ein weiteres Exekutivmitglied aus den vier französischsprachigen Kantonen Genf, Jura, Neuenburg und Waadt sowie den drei sprachlich gemischten Kantonen Bern, Freiburg und, Wallis vertreten sind. In der Deutschschweiz bestehen derartige regionale Regierungspräsidentenkonferenzen schon seit längerer Zeit.<sup>8</sup>

## Städte, Regionen, Gemeinden

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 17.11.2006  
HANS HIRTER

Im Kanton **Neuenburg** hiess das Parlament einen **Kredit** von CHF 20 Mio. **für die Unterstützung von Gemeindefusionen** und kommunalen Zusammenarbeitsprojekten gut. Zu den spektakulärsten Vorhaben zählt die geplante Zusammenfassung der elf Gemeinden des Val-de-Travers zu einer einzigen, rund 12'000 Einwohner zählenden Kommune.<sup>9</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 14.11.2007  
HANS HIRTER

Im Kanton **Neuenburg** scheiterte die **geplante Zusammenfassung der elf Gemeinden des Val-de-Travers** zu einer einzigen, rund 12'000 Einwohner zählenden Kommune am Veto von zwei kleinen Gemeinden am westlichen Rand. Die neun in der Volksabstimmung zustimmenden Gemeinden setzten eine Arbeitsgruppe ein, um das Fusionsprojekt unter sich weiter voran zu treiben.<sup>10</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 05.11.2008  
HANS HIRTER

Im Kanton Neuenburg stimmten die verbliebenen neun Gemeinden des **Fusionsprojekts im Val-de-Travers** noch einmal über einen Zusammenschluss ab. Wie bereits im Vorjahr hiessen sie das Projekt gut und bildeten damit von 2009 an eine fast das ganze Tal umfassende Grossgemeinde mit rund 11'000 Einwohnern.<sup>11</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 01.01.2018  
DIANE PORCELLANA

**En 2018, la Suisse comptera 2'222 communes**, soit 33 communes en moins qu'en 2017. Durant l'année écoulée, 46 communes se sont réunies en 13 nouvelles entités. La plus grande fusion a eu lieu au Tessin, avec la ville de Bellinzone et ses 12 communes avoisinantes. Dans le nord, quatre autres communes se sont regroupées pour devenir la "Riviera". A Neuchâtel, la localité intitulée "La Grande-Béroche" rassemble six anciennes communes. Le canton des Grisons, avec trois nouvelles entités créées suite à la fusion de sept communes, figure également dans la liste des cantons ayant compté le plus grand nombre de fusions.<sup>12</sup>

## Territorialfragen

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 17.11.2012  
MARC BÜHLMANN

Im Rahmen der Jurafrage wurde auch die Idee eines Kantons Jurabogen wieder aufgenommen. Eine im Berner Kantonsparlament eingereichte Motion Gsteiger (BE, evp) wollte die Berner Regierung auffordern, Verhandlungen nicht nur mit dem Kanton Jura, sondern auch mit dem Kanton Neuenburg für einen **canton l'Arc jurassien** aufzunehmen. Sozusagen als Plan B müsse diese Idee mit einbezogen werden. Die Berner Regierung sprach sich gegen den Vorstoss aus. Es sei zu früh, über einen Grosskanton zu diskutieren; die Jurafrage habe Priorität.<sup>13</sup>

## Landesverteidigung

### Zivildienst und Dienstverweigerung

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 28.07.1992  
SERGE TERRIBILINI

Tout comme Genève et le Tessin, **le canton de Neuchâtel, suivi de ceux de Lucerne, Zoug, Nidwald et Zurich, avait décidé de suspendre l'exécution des peines de prison** pour les réfractaires qui en avaient fait la demande jusqu'à la votation fédérale sur l'article constitutionnel. La question s'est cependant posée de savoir dans quelle mesure il était possible de prolonger cette suspension jusqu'à la mise en vigueur d'une nouvelle loi. En l'occurrence, les avis furent très partagés.<sup>14</sup>

## Wirtschaft

### Wirtschaftspolitik

#### Strukturpolitik

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 24.06.1982  
HANS HIRTER

Für die Juraregion, wo die einem ausgeprägten **Strukturwandel** unterworfenen **Uhrenindustrie** vielerorts dominierender Erwerbszweig ist, drängten sich **zusätzliche Massnahmen** auf. Das bernische Parlament hiess die Gewährung von Kostenbeiträgen an Investitionsvorhaben von Kleinbetrieben im Seeland und Jura gut und hofft, damit rund 400 Arbeitsplätze zu erhalten oder neu zu schaffen. Zudem werden in den Kantonen Bern, Jura, Neuenburg und Solothurn gezielte Ausbildungsprogramme für Arbeitslose angeboten; der Bund seinerseits verlängerte für Stellenlose dieser Region die Bezugsdauer der Leistungen der Arbeitslosenversicherung. Im Aargau sprach sich die Regierung gegen die staatliche Förderung der Industrieansiedlung aus und empfahl eine entsprechende sozialdemokratische Volksinitiative zur Ablehnung.<sup>15</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 31.12.1983  
REGINA ESCHER

**Einige Kantone und Gemeinden unternahmen** zusätzlich zu den Bemühungen des Bundes eigene **Schritte** im Hinblick auf eine **Stärkung ihrer Wirtschaft**. Naturgemäss war dies insbesondere im Jura- und Aargauer Raum der Fall, der einseitig auf die Uhrenproduktion ausgerichtet ist. Im Kanton Neuenburg hiessen die Stimmbürger ein Gesetz über Krisenmassnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit gut. Der Grosse Rat des Kantons Bern verabschiedete ein Investitionsprogramm zugunsten der Region Berner Jura-Biel-Seeland. Im Kanton Solothurn schickte das Volkswirtschaftsdepartement ein Strukturförderungsgesetz in die Vernehmlassung.<sup>16</sup>

### Landwirtschaft

#### Pflanzliche Produktion

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 07.06.2007  
ELIE BURGOS

Le canton de Neuchâtel a décidé, pour les vins de l'AOC Neuchâtel, de ne pas donner suite à la décision de la Confédération d'autoriser, à partir du 1er janvier de l'année sous revue, **l'utilisation de copeaux de bois** sans le préciser sur l'étiquette. Cette décision a fait suite à celle du canton du Valais, qui a interdit cette pratique à partir du 1er juillet de l'année sous revue. D'autres cantons songent également à introduire une telle interdiction.<sup>17</sup>

## Öffentliche Finanzen

### Finanzhaushalt der Kantone und Gemeinden

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 31.12.2006  
MAGDALENA BERNATH

Für das Jahr 2007 budgetierten die Kantone Ausgaben von 71,2 Mia Fr., das sind 1,6% (1,1 Mia) mehr als im Vorjahr. Die veranschlagten Einnahmen wuchsen um 1,95 Mia und waren mit 70,35 Mia Fr. um 2,9% höher als 2006. Mit **schwarzen Zahlen** rechneten Aargau, Basel-Stadt, Bern, Freiburg, Glarus, Graubünden, Luzern, Nidwalden, Obwalden, Schaffhausen, Solothurn, Uri, Waadt, Wallis und Zug. Defizite sahen die Budgets der Kantone Zürich (287 Mio), Genf (191 Mio), Tessin (170 Mio), Neuenburg (43 Mio), Schwyz (32 Mio), Thurgau (10 Mio), Basel-Land (7 Mio), Jura (6 Mio), St. Gallen (4 Mio), Appenzell Innerrhoden (2 Mio) und Appenzell Ausserrhoden (0,3 Mio) vor.<sup>18</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 31.12.2007  
LINDA ROHRER

Die Kantone rechnen im Jahr 2008 in der Erfolgsrechnung mit einem Überschuss von 368 Mio Fr. Sowohl der Aufwand als auch der Ertrag verzeichnet mit 7,8% bzw. 9,2% gegenüber dem Voranschlag 2007 relativ hohe Zuwachsraten. Mit **schwarzen Zahlen** rechneten alle Kantone ausser Schwyz (-59 Mio), Nidwalden (-0,2 Mio), Tessin (-174 Mio) und Neuenburg (-33 Mio).<sup>19</sup>

## Infrastruktur und Lebensraum

### Verkehr und Kommunikation

#### Eisenbahn

Afin de **maintenir la liaison à grande vitesse entre Neuchâtel et Paris**, le Conseil d'Etat neuchâtelois a négocié avec les CFF et obtenu la conservation du sillon actuel permettant à la clientèle d'affaires de réaliser l'aller-retour dans la journée. Il a par contre dû se résigner à la suppression de deux liaisons par semaine d'avril à octobre en raison d'une fréquentation trop faible. Craignant que la mise en service du TGV Rhin-Rhône favorise la liaison Berne-Bâle-Paris au détriment de celle Berne-Neuchâtel-Paris, aujourd'hui rentable, le gouvernement neuchâtelois étudie la possibilité d'un raccordement de Neuchâtel et la Chaux-de-Fonds avec la nouvelle ligne TGV par Besançon (F).<sup>20</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 30.06.2007  
NICOLAS FREYMOND

## Sozialpolitik

### Bevölkerung und Arbeit

#### Löhne

Après le Jura, Neuchâtel a introduit comme deuxième canton un **saire minimum** dans sa constitution cantonale. Le 27 novembre, 54,6% des participants ont voté en faveur d'un projet de décret déposé par la députée Marianne Ebel (Sol.). Comme le texte n'a fixé aucun montant, les autorités doivent mettre en place une loi d'application. A l'inverse, les citoyens vaudois et genevois ont rejeté des initiatives ayant le même objectif durant l'année sous revue.<sup>21</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 27.11.2011  
LAURENT BERNHARD

### Soziale Gruppen

#### Frauen und Gleichstellungspolitik

Nur wenige Tage nach dem Zuger Entscheid, hob der Grosse Rat des Kantons **Neuenburg** das kantonale Büro für Gleichstellung und Familie in seiner bisherigen Form ebenfalls auf. Liberale und Freisinnige setzen mit 54 Stimmen gegen die 45 Voten der Linksparteien und einer einsamen FDP-Frau eine amputierte Variante des Büros durch. Bloss der Posten der Delegierten und eine Kommission sollen künftig beibehalten werden. Die Delegierte wird aber nicht mehr autonom, sondern innerhalb einer Dienststelle arbeiten. Die linken Parteien und die Frauenorganisationen kündigten daraufhin das Referendum gegen das Gesetz und eine Initiative für eine wirkliche Gleichstellungsfachstelle an.<sup>22</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 07.09.1995  
MARIANNE BENTELI

## Bildung, Kultur und Medien

### Bildung und Forschung

#### Bildung und Forschung

Die **Revision der kantonalen Schulgesetze kam z.T. nur langsam voran**. Die schulpolitischen Ansichten waren oft so widersprüchlich, dass Kompromissvorlagen an einer heterogenen Opposition scheiterten. So wurde im Kanton Neuenburg ein Schulgesetz, aus dem die strittige Frage der Orientierungsstufe bewusst ausgeklammert worden war, vom Volk deutlich verworfen. Nicht besser erging es einem totalrevidierten Schulgesetz im Kanton Graubünden. Obwohl alle bürgerlichen Parteien das Gesetz unterstützten, scheint eine gewisse Angst vor zu viel Zentralisierung die Vorlage zu Fall gebracht zu haben. Die Totalrevision des Berner und des Walliser Schulgesetzes ging nur langsam voran. Einige bemerkenswerte Veränderungen sind im Entwurf für ein totalrevidiertes Schulgesetz des Kantons Tessin enthalten, das der Vernehmlassung zugeleitet wurde. Familie und Gemeinschaft sollen stärker als bisher Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte erhalten. In der Verwaltungsstruktur sind unter anderem Schüler- und Elternversammlungen vorgesehen.<sup>23</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 29.11.1982  
JÜRIG FREY

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 01.04.1996  
ALEXANDRE FÜZESSÉRY

## Hochschulen

Dans de nombreux cantons (Vaud, Zurich et Fribourg), les **lois relatives au fonctionnement et au statut des hautes écoles** sont en voie de révision, voire même ont été révisées (Bâle, Berne et Neuchâtel). Relevant de la philosophie de la nouvelle gestion publique, les différentes réformes visent toutes à accroître l'autonomie des universités. Celles-ci jouiront d'une grande marge de manoeuvre sous plus d'un aspect. Dans le domaine financier, elles se verront attribuer des enveloppes budgétaires dont elles pourront disposer à leur guise pour réaliser certains objectifs fixés par les autorités politiques. Les hautes écoles devraient également bénéficier de plus de liberté sur le plan du fonctionnement interne ainsi que du point de vue de la politique d'engagement du personnel, à l'exception de la nomination des professeurs qui restera de la compétence des exécutifs cantonaux. Principaux bénéficiaires de ce transfert de compétences, les rectorats verront leur pouvoir de décision s'accroître substantiellement, et ce notamment au détriment du corps professoral. Les différentes réformes prévoient presque toutes la création d'organes de surveillance: équivalents académiques des conseils d'administration, ces nouvelles structures, composées de membres extérieurs à l'université, seront compétentes notamment pour définir les grandes lignes de développement de l'institution.<sup>24</sup>

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 19.01.2008  
ANDREA MOSIMANN

Die Stadt Neuenburg wird Sitz der **Fachhochschule Jurabogen (HE Arc)**. Dies wurde im Januar von den Trägerkantonen Bern, Neuenburg und Jura beschlossen. Die durchgeführten Analysen haben gezeigt, dass sich Neuenburg aufgrund der Erreichbarkeit am besten als Sitz der Schule eignet. Mit diesem Beschluss verbunden ist ein Neubau für die Schule beim Bahnhof Neuenburg.<sup>25</sup>

## Kultur, Sprache, Kirchen

### Kulturpolitik

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 06.09.2001  
MARIANNE BENTELI

In Hauterive (NE) wurde im September das grösste archäologische Museum der Schweiz eröffnet. Es soll ein europäisches **Zentrum für die Pfahlbauerzeit und die La-Tène-Periode (450 bis 100 v. Chr.)** werden, weshalb es auch den Namen Laténium erhielt.<sup>26</sup>

### Sprachen

KANTONALE POLITIK  
DATUM: 14.09.2000  
MARIANNE BENTELI

Jene Kantone in der Westschweiz (Wallis und Waadt), die bereits früher den zweisprachigen Unterricht zumindest probenhalber in einzelnen Schulen eingeführt hatten, betonten zwar den **pädagogischen Gewinn dieses Modells**, der in der Schüler- und Elternschaft generell auf ein sehr positives Echo stosse, machten aber auf die Schwierigkeit aufmerksam, **genügend zweisprachige Lehrpersonen zu finden**, weshalb auf einen weiteren Ausbau des Angebots verzichtet werden müsse. Demgegenüber prüften weitere welsche Kantone (Genf, Jura, Neuenburg) Möglichkeiten des teilweisen Immersionsunterrichts.<sup>27</sup>

## Parteien, Verbände und Interessengruppen

### Parteien

## Grosse Parteien

Schwere Niederlagen musste die FDP im Berichtsjahr auch bei den **kantonalen Regierungswahlen** einstecken. In Genf verlor der Freisinn eines und in Neuenburg gleich zwei der jeweils ursprünglich drei Exekutivmandate. Während die FDP in Neuenburg für verschiedene politische Skandale richtiggehend abgestraft wurde, konnte der Verlust der Regierungsbeteiligung im Kanton Wallis mit der „Steinaffäre“ um Christian Varone und mit der erstarkten SVP erklärt werden. Bei Ersatzwahlen im Kanton Basel-Landschaft verzichtete die FDP darauf, ihren zurücktretenden Regierungsvertreter zu Gunsten einer Regierungsbeteiligung der SVP zu ersetzen. Einzig im Kanton Appenzell Ausserrhoden, wo die FDP eine politische Macht ist, konnte auf Kosten der SVP ein sechster von sieben Regierungssitzen erobert werden. Ohrfeigen musste die FDP auch bei kommunalen Exekutivwahlen einstecken. So wurde der langjährige FDP-Sindaco von Lugano abgewählt und durch einen Lega-Politiker ersetzt und bei Ersatzwahlen in der bereits stark links gefärbten Stadt Zürich verlor die FDP ihren Sitz an die Alternative Linke. Die Verluste bei den Exekutivwahlen wurden in der Presse auch auf einen Mangel an überzeugenden Köpfen zurückgeführt. Der Freisinn müsse mehr in den Nachwuchs investieren. Die Personalpolitik in den Kantonalsektionen wurde von Präsident Philipp Müller im Hinblick auf die Wahlen 2015 als zentrales Projekt forciert. Trotz der Niederlagen blieb die FDP Ende Berichtsjahr die stärkste Regierungskraft in den Kantonen. 26,9% der Exekutivsitze (42 von total 156 Sitzen) waren in freisinniger Hand.<sup>28</sup>

- 
- 1) AR: SGT, 2.5.95. NE: Express, 3.10.95. SH: SN, 17.1.95.; SGT, 26.6.95.
  - 2) FR: Lib, 14.3.00. ZH: TA, 19.6.00.27; QJ, 7.9.00; Express, 25.9.00.
  - 3) LT, 5.10.06.
  - 4) NE: Express, 1.2., 22.3. und 18.6.07; TA, 13.6. und 18.6.07. JU: LT, 22.2.07; QJ, 24.2., 24.4. und 18.6.07; TA, 13.6. und 18.6.07.
  - 5) BS: BAZ, 23.6.18.08. und 27.09.10; GL: NZZ 2.5.10; VD: NZZ, 18.1.10; 24h, 18.1.10 und LT, 15.10.10; BE: Bund, 19.1. und 27.9.10; LU: NLZ 3.8.10.
  - 6) NE: Exp, 30.4.10; VD: LT, 15.12.10; LU: NLZ, 27.11.10.
  - 7) AB NR, 2006, V, Beilagen, S. 70 f.; TA, 31.8. und 18.11.06; BaZ, 1.11., 15.11., 23.11. und 24.11.06 (BS).
  - 8) LM und BZ, 5.6.93; Lib, 10.12.93.
  - 9) LT, 19.1.06; LT, 17.11.06; Express, 30.3.06; 24h, 13.9.06;
  - 10) Express, 31.3.07; 18.6.07; 25.8.07; 14.11.07.
  - 11) Express, 15.2.08; 25.2.08; 5.11.08.
  - 12) Fusion de communes Tessin 2017; LZ, 14.12.17
  - 13) QJ, 3.3., 16.5., 23.5. und 17.11.12.
  - 14) Presse du 29.1.92; LNN, 13.6.92; TA, 6.6. et 28.7.92.
  - 15) AB NR, 1982, S.945 ff.; Brugger, Flückiger und Müller (1982). Wirtschaftlicher Strukturwandel aus regionalpolitischer Sicht: Guindani (1982). Maldéveloppement régional et identité: pour un développement endogène: Vr, 11.6.82; Suisse, 8.7.82; SZ, 14.7., 28.8.82; Bund, 17.11.82; BaZ, 28.12.82; Documenta, 1982, Nr. 2, S. 29 ff.; Revue économique et sociale, 40/1982, Nr. 2; Ordo et Libertas, Festschrift für Gerhard Winterberger, 1982, S. 201 ff.
  - 16) Bund, 14.1., 11.5.83; 24 Heures, 14.1.83; VO, 24.2.83; Suisse, 28.2.83, 8.4.84; SZ, 27.4.83; TW, 11.5.83; TA, 25.5.83; NZZ, 26.5.83; Meier (1983). Bedeutung und Ausrichtung kantonaler Wirtschaftspolitik
  - 17) Lib., 7.6.07.
  - 18) Lit. May.
  - 19) Lit. Fischer.
  - 20) LT, 30.6.07.
  - 21) 24h,16.5.11; LN, LT et TdG, 28.11.11.
  - 22) Express, 24.2., 29.11. und 9.12.95; NQ, 6.9.95; Presse vom 7.9.95.
  - 23) CdT, 3.2.82; NZZ, 8.3. und 9.3.82; 24 Heures, 30.3. und 3.11.82; TW, 27.7.-14.8.82; TLM, 21.10. und 29.11.82.
  - 24) VD: JdG, 23.10.96; 24 Heures, 28.10.96. ZH: NZZ, 1.4 et 11.7.96; TA, 20.6 et 11.7.96. FR: NQ, JdG et Lib., 11.4.96. BS: BaZ, 30.10.96. BE: presse du 8.5.96; Bund, 6.9 et 21.9.96. NE: Express, 21.2, 1.6 et 27.6.96.13
  - 25) Bund und QJ, 19.1.08.
  - 26) NZZ, 7.9.01; Express, 8.9.01
  - 27) LT, 28.1.00; AZ, 12.2.00; TA, 15.2.00; QJ, 11.9.00; Ww, 14.9.00.
  - 28) NZZ, 28.4., 11.5. und 23.5.13